

Stellungnahme zur Ablehnung der Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ durch den Kreis Kleve

Die Ablehnung des KI durch CDU und FDP wird begründet:

1. Forderung nach mehr Lehrerstellen
2. Sozialindex an den Grundschulen
3. Kein Bedarf
4. Zusätzliche Administration
5. Keine Synergieeffekte mit Regionalem Bildungsnetz (RBN)

Dazu nimmt die GEW Stellung:

Zu 1)

Der Landrat führt in der Kreisausschusssitzung am 26.2.15 aus, wegen der schon schlechten Lehrersituation im Kreis sei der Abzug von 2 (zwei!) Lehrpersonen nicht zu verantworten.

Es ist richtig, dass die gesamte Bildung in Deutschland im Vergleich zu den anderen OECD Staaten unterfinanziert ist. NRW belegt dazu in der Bundesrepublik einen hinteren Platz. Das betrifft nicht nur den Kreis Kleve, es gilt für alle Städte und Kreise. Eine Verbesserung obliegt dem Landtag, der Kreis Kleve kann sicherlich Anregungen geben. Landrat und Kreisschulamt haben allerdings in der Vergangenheit die Forderung der GEW nach mehr Lehrern nicht nur nicht unterstützt, sondern meist kritisiert. Die GEW ist aber gerne bereit gemeinsame Aktionen durchzuführen. Auch in der Regierungszeit von CDU/FDP hat sich die Lage nicht verbessert.

Die beiden einzustellenden Lehrpersonen werden über das MSW eingestellt, das KI vom MAIS finanziert. Für den Stellenplan im Kreis ist das unschädlich. Bei der GEW haben sich zwei erfahrene Lehrkräfte aus anderen Kreisen für die Arbeit im KI gemeldet. Sie werden nun nicht kommen. Damit hat der Kreis Kleve sogar 2 (zwei) Lehrkräfte weniger!

Ab 2017 ist vom MSW beabsichtigt, die Lehrerfortbildung für Sprachfördermaßnahmen beim KI anzusiedeln. Gerade Lehrkräfte mit einer Ausbildung in DAZ fehlen im Kreis. Wo sollen diese Lehrpersonen herkommen?

Zu 2)

Der Kreis Kleve bekommt die gleichen Grundstellen wie andere Schulämter, aber wegen seines relativ niedrigen Sozialindex nur 5,5 Stellen zusätzlich. Diese Stellen sollten eigentlich gemäß dem Grundsatz, „Ungleiches ungleich behandeln“ den Brennpunktschulen zugutekommen.

Damit diese Stellen auch dort ankommen, fordert die GEW, dass diese Stellen **schulbezogen** an die Problemschulen vergeben werden. Diese Stellen werden aber immer noch **schulamtsbezogen** verteilt und in **allen**

Schulämtern als Ausgleich im allgemeinen Stellenplan missbraucht. Dies hält auch das Schulamt für den Kreis Kleve so. Die Brennpunktschulen bekommen damit keine oder kaum zusätzliche Lehrkräfte. Das KI würde gerade diesen Schulen die dringend benötigte Entlastung und Unterstützung bieten. So werden sie doppelt bestraft.

Die Stellenproblematik im Kreis Kleve liegt vornehmlich in seiner Randlage und äußerst geringen Attraktivität. Außerdem fehlen hier Unterstützungssysteme, wie es das KI darstellen würde und es in Nachbarkreisen (Wesel) oder Städten (Krefeld, Duisburg) Standard ist. Dies zeigt sich daran, dass Stellen im Kreis Kleve regelmäßig leer laufen, sobald es ebenfalls Ausschreibungen in der Nachbarschaft gibt.

Auch bei diesem Punkt bietet die GEW an, an einer Verbesserung mitzuwirken.

Zu 3)

Die Städte und Gemeinden im Kreis haben im Jahre 2013 keinen Bedarf an einem KI geäußert. Aus Kerken wurde in diesem Zusammenhang zu Recht auf die Zuständigkeit des Kreises verwiesen, wie es gesetzlich geregelt ist, weil nur der Kreis den Antrag zur Errichtung eines KI stellen kann. Außerdem hat sich die Lage bei den Asylanten in Folge der überaus starken Zuwachsraten dramatisch verändert. Sowohl in den Kindertagesstätten, den Schulen, den Jugend- und Weiterbildungseinrichtungen müssen Angebote für diese und alle anderen Migranten gemacht werden.

Das fängt mit den Programmen „Griffberereit“ und „Rucksack Ki Ta an. Es geht weiter mit „SmiLe“ Sprachpatenschaften oder „Demek“, dem Deutschlernen in mehrsprachigen Klassen. Das Konzept „Quiss“ zur Qualität in sprachheterogenen Schulen muss auch eingeführt werden. Dolmetscher müssen gefunden und interkulturelle Arbeitskreise eingerichtet werden. Der Übergang Schule-Beruf muss für diesen Personenkreis geregelt, den Erwachsenen müssen Sprachkurse und Informationsveranstaltungen in verschiedenen Sprachen angeboten werden.

Die Handlungsfelder Bildung und Sprachförderung, Arbeit und Wirtschaft, Willkommenskultur und Vernetzung, Kultur und Ehrenamt müssen ausgestaltet werden.

Es besteht für die Bearbeitung dieser Themen ein erheblicher Bedarf. Nach Recherchen der GEW funktionieren die Angebote im Kreis nur punktuell, teilweise überhaupt nicht. Ein flächendeckendes, koordiniertes und vernetztes Gesamtangebot in Zusammenarbeit von Kreis und Gemeinden fehlt!

Die Mitarbeit an diesem Konzept hat die GEW bereits in ihrem Antrag zur Einrichtung eines KI zugesagt.

Nicht zuletzt könnte in Zusammenarbeit mit der Hochschule Rhein-Waal ein fachwissenschaftliches Programm für die Sprachförderung im Elementarbereich durch das KI entwickelt werden. Mit den Studierenden und Lehrenden im Fachbereich frühkindliche Bildung bestünde die Möglichkeit, erfolgreiche Modelle für den Zweit-Spracherwerb bei Kleinkindern zu erforschen und zu erstellen.

Die gesamten Maßnahmen führen dazu, dass alle Kinder profitieren.

Zu 4)

Vom Landrat wird behauptet, das KI sei lediglich eine zusätzliche Institution mit Verwaltungsaufgaben.

Dem widersprechen sämtliche 49 Konzepte zur Einrichtung von KI in den Gemeinden und Kreisen. Die Mitarbeiter der KI führen regelmäßig selber Kurse durch:

In den Kita's bei der Sprachförderung, der Erstellung von Materialien, in Fragen einer Vielfarbigkeit von Elementarbildung, bei der Aufnahme und Betreuung von Migrantenfamilien, gezielten Fördermaßnahmen;

in den Schulen bei der Beratung in migrationsgesellschaftlichen Fragen, den Maßnahmen für einen gelingenden Unterricht, der Testung, Überweis an die verschiedenen Schulformen, Erstellung von Schulkonzepten, Betreuung der Auffangklassen, Übergang Schule-Beruf;

sonst bei der Durchführung von Informationsveranstaltung, Sprachbildung bei den Erwachsenen, Arbeitskreise z.B. für ausländische Frauen oder allgemeine Informationen zum Einbürgerungsverfahren etc.

Eine Vielzahl von Aktivitäten zeichnet ein KI aus: Im Vordergrund steht die gezielte und schnelle Unterstützung bei Problemen, die Vernetzung und eine nachhaltige Hilfe und Entlastung der bisher beteiligten Akteure.

Zu 5)

Da nun auch das Programm „Kein Abschluss ohne Abschluss“ im Kreis Kleve anläuft, ist die Ergänzung durch ein KI, wie die Abbildungen schematisch zeigen, mehr als sinnvoll. Mit dieser Maßnahme, dem RBN und dem KI lassen sich durchaus Synergieeffekte erreichen, zumal die personelle Ausstattung des KI erheblich besser ist. So können vor Ort die Programme aus 4 Ministerien zusammengeführt werden. Es werden gerade Doppelstrukturen vermieden.

Andere Kreise und Kommunen haben dies längst bemerkt. Dies ist auch bei Prof.em. DR. H.G.Rolff nachzulesen: Hier zeigt sich, wie die Programme in jeder Lebensphase entlang der Bildungskette Kita, Schule, Berufsorientierung, Hochschule. Erwachsenenbildung wirken.

Abbildung 1: Multiple Bildungsnetze (angeregt durch das RBN-Dortmund)

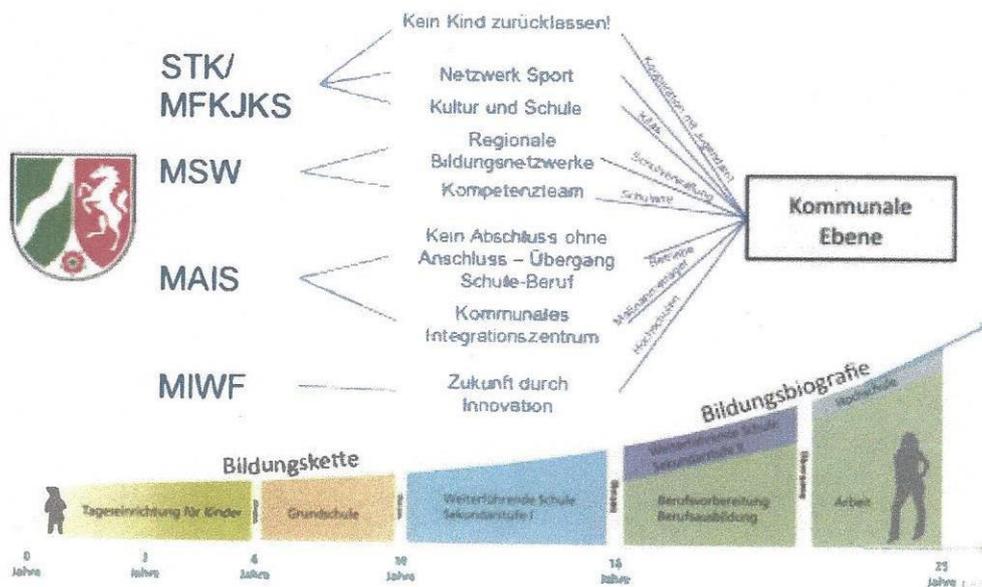
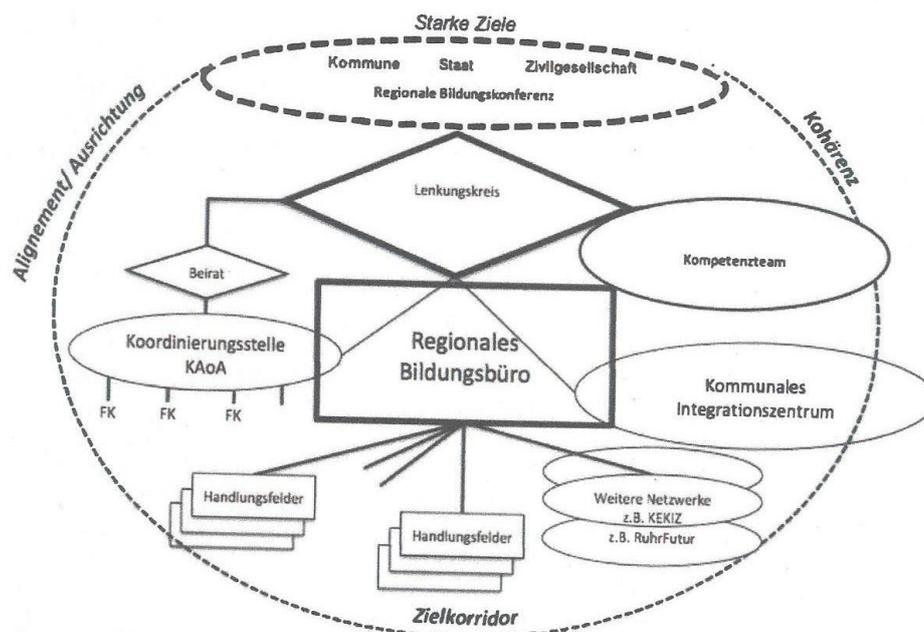


Abb. 1 und 6 aus: Prof.Dr. H.G. Rolf: Auswertung der Evaluationen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Regionalen Bildungsnetzwerke (RBN) in NRW , wissenschaftliche Expertise II, Oktober 2014

Abbildung 6: Kooperation und Alignment: „Aquariums-Modell“



Fazit:

Eine fachliche Auseinandersetzung macht immer noch Sinn. Im Faktencheck halten viele Äußerungen und Begründungen zur Ablehnung eines KI in der Kreisausschusssitzung einer Überprüfung nicht stand. Es darf nicht sein, dass der Kreis Kleve, wie die letzten Untersuchungen aufzeigten, weiter in der Chancengerechtigkeit zurückfällt, die Kinder und Jugendlichen hier geringere Bildungschancen erhalten als anderswo in NRW.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“ sagt Kästner. Die Verantwortlichen im Land sind dazu ebenso aufgefordert wie jene im Kreis. Alle Parteien haben die Ernsthaftigkeit der Lage erkannt und beklagt. Dem können eigentlich nur Taten in der jeweiligen Zuständigkeit folgen: Das Land bei der Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften, der Kreis mit der Einrichtung des KI, dass mit 270 000€ plus 18 000€ Ehrenamtsmittel für Lehrer, Sozialarbeiter und Bürokräft vom Land stark bezuschusst wird. Das „Schwarzer Peter-Spiel“ und das Zeigen auf den jeweils anderen bringt nichts. Denn vier Finger zeigen auf jeden zurück und erinnern ihn an sein soziales Gewissen, das hoffentlich noch vorhanden ist.

Dies zu zeigen ist am 19.März 2015 Gelegenheit, wenn der Kreistag vielleicht auch den Antrag der GEW zur Errichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ vom 9.11.14 behandelt.